

Datenschutzhinweise zum Umgang mit personenbezogenen Daten von Interessenten und Mietern

Information nach Artikel 13, 14 und 21 der EU-Datenschutz-Grundverordnung

Verantwortlicher: Stadtbau GmbH Deggendorf Metzgergasse 14 94469 Deggendorf Telefon: 0991 37161-0 Telefax: 0991 37161-26 E-Mail: info@stadtbau-deggendorf.de	Datenschutzbeauftragter: Stadtbau GmbH Deggendorf DATENSCHUTZ Metzgergasse 14 94469 Deggendorf E-Mail: datenschutz@stadtbau-deggendorf.de
--	---

Angaben zu Daten und Quellen der Verarbeitung:

Verarbeitet werden allgemeine Angaben zu Ihrer Person, wie Name, Anschrift, Kontaktdaten, Geburtsdatum und -ort, Staatsangehörigkeit, Familienverhältnis, Zahlungsdaten, polizeiliches Führungszeugnis, sowie andere damit vergleichbare Daten. Die Verarbeitungen beruhen auf den im Rahmen der Anfrage übermittelten oder der im Zuge des Mietverhältnisses erhaltenen Daten.

Zweck und Rechtsgrundlage:

Die Verarbeitung der Daten findet für die Vermittlung und Verwaltung von Wohnraum, die Anbahnung von Mietverträgen, die Erfüllung von Mietverträgen und die Erfüllung steuer- und gesellschaftsrechtlicher Verpflichtungen, sowie die allgemeine Verwaltung statt.

Eine Verarbeitung ist daher notwendig,

- a) zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten gemäß Artikel 6 Abs. 1b EU-DSGVO

Die Verarbeitung erfolgt zur Planung, Durchführung und Beendigung eines Mietverhältnisses.

- b) im Rahmen der Interessensabwägung nach Artikel 6 Abs. 1f EU-DSGVO

Soweit erforderlich, verarbeiten wir Daten über die eigentliche Erfüllung des Vertrages hinaus zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder Dritten, wie beispielsweise in den nachfolgenden Fällen:

- Geltendmachung rechtlicher Ansprüche und Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten;
- Verhinderung und Aufklärung von Straftaten;
- Videoüberwachungen dienen der Sammlung von Beweismitteln bei Straftaten. Sie dienen damit dem Schutz von Kunden, Mietern und Mitarbeitenden sowie der Wahrnehmung des Hausrechts;
- Maßnahmen zur Gebäude- und Anlagensicherheit (z. B. Zutrittskontrollen);
- Maßnahmen zur Sicherstellung des Hausrechts

- c) auf Basis einer Einwilligung nach Artikel 6 Abs. 1a EU-DSGVO

Soweit Sie eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke (z. B. weitergehende Speicherung von Anfragen zu Wohnungsgesuchen) erteilt haben, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung gegeben. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die vor der Geltung der EU-DSGVO, also vor dem 25. Mai 2018, erteilt worden sind. Bitte beachten Sie, dass der Widerruf erst für die Zukunft wirkt. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

- d) Aufgrund gesetzlicher Vorgaben gemäß Artikel 6 Abs 1c EU-DSGVO oder im öffentlichen Interesse gemäß Artikel 6 Abs 1e EU-DSGVO

Zudem müssen rechtliche Verpflichtungen, das heißt gesetzlichen Anforderungen (z.B. Meldepflichten, Buchführungspflicht, Steuergesetze, Heizkostenverordnung) erfüllt werden. Zu den Zwecken der Verarbeitung gehören unter anderem die Erfüllung steuerrechtlicher Kontroll- und Meldepflichten sowie die Bewertung und Steuerung von Risiken.

Datenempfänger:

Innerhalb des Unternehmens erhalten diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten benötigen. Auch von uns eingesetzte Auftragsverarbeiter (nach Artikel 28 EU-DSGVO) können zu diesen genannten Zwecken Daten erhalten.

Die Weitergabe an Ämter und Behörden findet, sofern auf gesetzliche Grundlage erforderlich, statt. Dazu gehören unter anderem Landratsämter, Gemeinden, Wohnungsämter, Gerichte, Arge/Jobcenter und das Einwohnermeldeamt.

Eine Übermittlung in Drittstaaten findet nicht statt und ist auch nicht geplant.

Aufbewahrung:

Eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten findet soweit erforderlich für die Dauer der Anfrage bzw. des Mietverhältnisses und der sich daraus ergebenden Verpflichtungen statt. Darüber hinaus bestehen verschiedene Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich unter anderem aus dem Handelsgesetzbuch (HGB), der Abgabenordnung (AO) und dem Sozialgesetzbuch (SGB) ergeben. Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen zwei bis zehn Jahre. Schließlich beurteilt sich die Speicherdauer auch nach den gesetzlichen Verjährungsfristen, die zum Beispiel nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) in der Regel drei Jahre, in gewissen Fällen auch bis zu dreißig Jahre betragen können.

Betroffenenrechte:

Jede betroffene Person hat das Recht auf Auskunft nach Artikel 15 EU-DSGVO, das Recht auf Berichtigung nach Artikel 16 EU-DSGVO, das Recht auf Löschung nach Artikel 17 EU-DSGVO, das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 EU-DSGVO sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit aus Artikel 20 DSGVO. Beim Auskunftsrecht und beim Löschungsrecht gelten die Einschränkungen nach §§ 34 und 35 BDSG. Darüber hinaus besteht ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde (Artikel 77 EU-DSGVO i. V. m. § 19 BDSG).

Bereitstellung von Daten:

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten muss zur Planung, Durchführung und Beendigung eines Mietverhältnisses erfolgen bzw. muss eine Erhebung gemäß gesetzlichen Verpflichtungen stattfinden. Ohne die Daten kann kein Vertrag abgeschlossen werden.

Widerspruchsrecht:

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus einer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung von personenbezogenen Daten, die aufgrund von Artikel 6 Absatz 1f EU-DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch einzulegen.

Nach einem Widerspruch werden die personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeitet, es sei denn, es können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachgewiesen werden, die Ihren Interessen, Rechten und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch kann formfrei an die oben genannten Kontaktdaten des Verantwortlichen bzw. dessen Datenschutzbeauftragten gerichtet werden.